Werner Ginzinger

Ideen für eine verantwortungsvollere Politik

Linz, Juli 2020

Zusammenfassung

Die verschwenderische Lebensweise in den wohlhabenden Regionen der Erde ist mit einer gewaltigen Ausbeutung von Ressourcen, Ökosystemen und Menschen verbunden. Letztlich ist sie auch dafür mitverantwortlich, dass in Ländern des sogenannten globalen Südens ein bescheidener Wohlstand und eine adäquate soziale Absicherung fehlen, die dort einen demographischen Wandel und damit die Beendigung des ständig fortschreitenden Weltbevölkerungswachstums einleiten könnten. Europa müsste durch strikte Mindeststandards auf dem Binnenmarkt für eine durchgängige Einhaltung von Fairness und Nachhaltigkeitskriterien sorgen. Um einen massiven Einbruch der Lebensqualität infolge der damit verbundenen Mehrkosten zu verhindern, müsste aber gleichzeitig der Bedarf drastisch in sinnvoller Weise gesenkt werden. Dazu muss nicht nur eine technisch bedingte vorzeitige Obsoleszenz sondern auch die Verführung zu unnötigen Konsum durch Marketing und Werbung bekämpft werden. Dies wiederum bedingt eine Neuaufstellung des Mediensektors. Außerdem sollte das innovationshemmende Konzept eines geistigen Eigentums, das willkürlich agierende Monopolisten gestattet, durch ein anderes Abgeltungsmodell für betroffene Leistungen ersetzt werden. Bei der Digitalisierung ist darauf zu achten, dass diese nicht in einen technischen Totalitarismus führt, sondern dem Allgemeinwohl dient. Durch entsprechende Regeln und Umverteilungsmaßnahmen ist eine gewisse Verhältnismäßigkeit in der Verteilung von Vermögen und der damit verbundenen Macht sicherzustellen. Die Finanzierung des Sozialstaates und der öffentlichen Ausgaben sollte durch eine umsichtige Steuer- und Arbeitsmarktpolitik von der Notwendigkeit ständigen Wirtschaftswachstums entkoppelt werden, ohne zukünftigen Generation mit Schulden zu belasten, auch nicht mit solchen für vermeintliche Investitionen zu deren angeblichem Nutzen. Dennoch werden Gesundheits- und Altersversorgung, Bildung aber auch andere wichtige Infrastruktur am Besten durch die öffentliche Hand selbst bereitgestellt.

1. Einleitung

Zahlreiche Publikationen weisen auf die vielschichtigen Probleme unserer bisherigen Wirtschafts- und Lebensweise hin. Diese reichen vom Klimawandel bis zu Entwicklungen in Richtung einer totalitären digitalen Überwachung oder auch zu einer steigenden Einkommens- und Vermögensungleichheit, welche die Demokratie untergräbt. Dieser Aufsatz versucht, neue korrigierende Ansätze für einen nachhaltigen Wandel der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft in die politische Debatte einzubringen. Dabei geht es nicht um die Realisierung eines utopischen Paradieses sondern um die Abwendung von Gefahren. Trotzdem kann die eine oder andere Änderung zum Teil auch eine neue Lebensqualität bringen. Weil sich Träume von einer idealen Gesellschaft jedoch nur zu oft als Alpträume entpuppt haben, sollte man einerseits in Bezug auf das Individuum die ambivalenten Seiten der menschlichen Natur und seine begrenzte Tugendhaftigkeit berücksichtigen, andererseits aber auch kein allzu striktes System von Recht und Ordnung anstreben, sondern sich mit einem praktikablen Pragmatismus begnügen.

Leider gibt jedoch zwischen den hier präsentierten Vorschlägen viele Verknüpfungen und Wechselbeziehungen. Daher lässt sich so manches nicht einfach unabhängig von anderem ändern und muss gleichzeitig oder aufeinander abgestimmt angegangen werden, was die Sache zugegebenermaßen nicht leichter macht. Die Alternative, einfach wie bisher weiter zu machen, führt allerdings mit Gewissheit in den Abgrund.

2. Ein paar pointierte Anmerkungen zur gegenwärtigen Lage

Der Fokus dieses Textes soll auf neuen Lösungsvorschlägen liegen. Da und dort scheint es jedoch trotzdem angebracht bei weitverbreiteten Gegenwartsdiagnosen, das eine oder andere zurechtzurücken.

In der Klimatologie sind die Divergenzen in den Prognosen je nach verwendetem mathematischen Modell oder den oft nur abgeschätzten Eingangsparametern enorm. Zum Teil bewegen sich die Fehlerbereiche in einer Größenordnung von weit mehr als einer Zehnerpotenz. Trotzdem ist diese Forschung sehr wichtig und dient im ständigen Abgleich mit Messdaten aus der Realität der Erarbeitung eines verbesserten langfristigen Verständnisses der komplizierten Zusammenhänge. Dabei auftretende Unstimmigkeiten können nämlich eventuell auf wesentliche bisher übersehene Aspekte hinweisen.

Die enorme Komplexität und die Nichtlinearität der für das Klima maßgeblichen Systeme führt dazu, dass die künftige Entwicklung mit so extremen Unsicherheiten behaftet ist, dass eine quantitative Berechnung von erlaubten Treibhausgasausstößen zur Erreichung bestimmter klimatischer Zielgrößen eigentlich seriös nicht geleistet werden kann. So weit ist sogenannten Klimaskeptikern recht zu geben.

Es gibt jedoch zwei entscheidende Argumente für die Forderung nach einer weitgehenden Beendigung des Kohlendioxidausstoßes. Zum einen sind der sogenannte Treibhauseffekt und seine grundlegenden Mechanismen wissenschaftlich hervorragend abgesichert, zum anderen deuten die meteorologischen Daten aus den letzten Dekaden nicht darauf hin, dass wir uns Richtung Eiszeit bewegen, sondern stark in die Gegenrichtung. Solange sich diese Befunde nicht ändern, haben wir jeden Grund zu entschlossenem Handeln.

Ein Problem in diesem Kontext ist, dass viele Politiker und andere Entscheidungsträger dem Geiste einer zum Teil sehr riskanten Optimierungslogik erlegen sind. In der Ökonomie wird seit längerem versucht, durch statistische Methoden Kosten verursachende Puffer wie z. B. Lagerbestände zu minimieren oder auf Teufel komm raus Skaleneffekte etc. auszureizen. Eine derartige fragwürdige Haltung beeinträchtigt nicht nur Klimakonferenzen sondern auch den Welthandel.

Im Zuge der Corona-Pandemie 2020 hat sich gezeigt, dass eine ungezügelte Globalisierung etliche Anfälligkeiten mit sich bringen kann. Der von Experten als hauptsächlicher Nutzen vielbeschworene angebliche „komparative Kostenvorteil durch weltweite Arbeitsteilung“ beruht hingegen in Wahrheit großteils auf unfairen Unterschieden hinsichtlich der Löhne sowie der Sozial- und Umweltstandards. Die von manchen Volkswirtschaftlern in diesem Zusammenhang zur Verteidigung angeführte niedrigere Produktivität rechtfertigt das Ausmaß des beobachteten Lohngefälles nicht. Hätten die Lohnunterschiede nur die unterschiedliche Produktivität ausgeglichen, wäre es nicht zu einer derart massiven Abwanderung von Produktionskapazitäten aus Westeuropa gekommen. Ungerechte Gewinne durch Ausbeutung waren der Grund für die Auslagerung zunächst nach Osteuropa, dann vermehrt nach Fernost. Neben der Ausnutzung eines unfairen Lohnniveaus beruhen die Kostenvorteile trotz oft extrem langer Transportwege häufig auf geradezu verbrecherischen Nachlässigkeiten im Arbeitnehmer- oder Umweltschutz. Nun gibt es schon seit einiger Zeit Warnzeichen dahingehend, dass eine allzu geringe Zahl an Anbietern, aber auch eine zu starke geographische Konzentration der Produktion die Versorgungssicherheit auch abseits von Krisen untergräbt. Ein funktionierendes Handelsnetz hat sicherlich seine Berechtigung, denn es erlaubt im Katastrophenfall einen Ausfall durch Lieferungen aus anderen Weltregionen zu kompensieren. Das kann aber nur funktionieren, wenn jede Region genügend Diversität und gewisse Reserven in seinen Produktionskapazitäten besitzt, also nicht „durchoptimiert“ ist. Das in der Makroökonomie oft zitierte Modell nach Ricardo unterschlägt nicht nur Sicherheitsaspekte, sondern auch soziale und ökologische Verwerfungen.

Auf gesellschaftlicher Ebene kann der Versuch einer engstirnig angegangenen bloß vordergründigen Verbesserung etwa mittels neuer Technologien unter Umständen zur Gefahr der bürgerlichen

Freiheiten werden, wie Chinas „Sozialkreditsystem“ deutlich vor Augen führt. Aber auch Google, Facebook, Amazon und Co arbeiten in Richtung einer neuartigen zentralistischen Planwirtschaft auf Basis von „Big Data“. Über diverse Apps auf Smartphones, oder über Siri und Alexa hat „Big Brother/Big Sister“ bei vielen bereits Einzug gehalten. Der Skandal um Cambridge Analytica erlaubte es, eine leise Vorahnung davon zu bekommen, wie künftig eine technische Überwachung der Bevölkerung mit medialer Manipulation verbunden werden könnte. Ob dies nun von Geheimdiensten (Stichwort NSA) oder fragwürdigen Transhumanisten aus dem Silicon Valley umgesetzt wird, dürfte am Ende sekundär sein.

Es ist jetzt schon so, dass die massive Nutzung von Smartphones gerade bei jungen Menschen viele ungünstige psychische Nebenwirkungen hat. Trotzdem wird der weitere Mobilnetzausbau (Richtung 5G) mit öffentlichen Mitteln stark forciert, obwohl etwa die langfristigen Folgen durch die Strahlenbelastung kaum abgeschätzt werden können.

Bei vielen Gegenständen erhöht eine Netzwerkanbindung die Vulnerabilität in unverhältnismäßigem Ausmaß, das dem Nutzen gegenüber meist kaum zu rechtfertigen ist. Außerdem sind die Auswirkungen auf Robustheit und Produktlebensdauer gewöhnlich negativ, weshalb der oftmals beschworene Aufbau eines „Internets der Dinge“ zumindest unter den derzeitigen Rahmenbedingungen mehr Schaden als Nutzen anrichten würde.

3. Demographische Herausforderungen

Obwohl dieser Punkt eigentlich auch zur Beschreibung der gegenwärtigen Lage gehört, sei der problematischen Entwicklung der Weltbevölkerung eine eigene Überschrift gewährt, nicht zuletzt, weil das Ganze für viele unter das Tabu einer oftmals unhinterfragt übernommenen „political correctness“ fällt. Es ist zwar richtig, dass sich das Thema leicht für populistische oder gar rechtsextreme Propaganda missbrauchen lässt, die Fakten und ihre Folgen werden aber durch Verschweigen nicht aus der Welt geschafft. Im Gegenteil, die fehlende seriöse Auseinandersetzung ist mit schuld daran, dass sich die Situation in den letzten 30 Jahren massiv verschlimmert hat und eine echt humane Lösung immer schwieriger wird.

Im Gegensatz zu den Thesen von Thomas Malthus hat sich nämlich gezeigt, dass das Erreichen eines gewissen Wohlstands in der Regel von einem demographischen Übergang mit starkem Rückgang in den Fertilitätsraten begleitet ist. Armut und mangelnde Bildung sind paradoxer Weise, statistisch gesehen, erwiesenermaßen Treiber im Hinblick auf Bevölkerungszuwächse. Paradox deshalb, weil man ja vermuten könnte, mehr Ressourcen und Möglichkeiten zur Erzielung eines entsprechenden Lebensunterhalts würden den Kinderwunsch erhöhen und nicht umgekehrt. In Notzeiten dient aber gerade beim Fehlen oder Versagen des Wohlfahrtstaates die Familie quasi als Sozialversicherungsersatz und Kinder werden zur individuellen Investition in die Altersvorsorge. Hohe Kindersterblichkeit wird in diesem Zusammenhang übrigens in der Regel überkompensiert.

Um günstig an Rohstoffe zu gelangen, damit Europa seinen eigenen Bedarf nach herkömmlicher Wachstumslogik decken kann und was den Export betrifft, unter den gegenwärtigen fragwürdigen Bedingungen auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleibt, wurden und werden fragwürdige Geschäfte mit brutalen Machthabern oder korrupten Eliten gemacht. Daneben kommt es trotz viel beschworener moralischer Werte immer wieder zu Waffenlieferungen in Konfliktregionen. Dadurch wird nicht nur ein Ausweg versperrt, sondern die Lage aufgrund der vorhin beschriebenen Mechanismen zusätzlich angeheizt.

Über verstärkte Migrationsbewegungen von vielen in der Folge völlig perspektivelosen jungen Menschen etwa aus Afrika, beginnt das Problem allmählich direkt bei uns an die Tür zu klopfen. Der Aufwand, um die Verzweifelten davon abzuhalten, massenhaft in die Wohlstandregionen zu drängen,

steigt stetig. Aber selbst wenn es auf Dauer gelänge, sich mit militärischen Mitteln vom Elend abzuschotten, könnten den Gegenden mit unzähligen Unglücklichen, die oft ohne hinreichende Hygiene und Gesundheitsversorgung auf engstem Raum leben, Bedrohungen durch Seuchen entspringen, die vor Grenzen nicht halt machen. Nicht zu vergessen sei, dass zum Beispiel Pakistan und Indien über Atomwaffen verfügen, oder dass die Abholzungen des Amazonas oder Kongobeckens am gesamten Weltklima kaum spurlos vorübergehen. Selbst wenn sich also reichere Länder mit überlegener Waffentechnik einen Gutteil der Ressourcen sichern könnten, würden sie höchstwahrscheinlich doch durch Verteilungskonflikte unter den anderen indirekt in Mitleidenschaft gezogen. Es ist eine Illusion, dass man langfristig unbeschadet inmitten eines Meeres von Elend als Wohlfahrtsinsel bestehen könne, wobei „Wohlfahrt" ausdrücken soll, dass breite Schichten der dort ansässigen Bevölkerung Zugang zu einer vernünftigen Versorgung haben.

Andererseits muss aber doch gesagt werden, dass eine vollständige Öffnung aller Grenzen ohne vorherige Änderung der Rahmenbedingungen und der Schaffung glaubhafter Perspektiven in den bislang benachteiligten Regionen zu einem gewaltigen Ansturm führen würde, der das europäische Sozialstaatsmodell durch Überlastung der lokalen natürlichen Ressourcen gefährden würde, ohne dass die Mehrheit der jetzt Ausgeschlossenen langfristig irgendeinen substantiellen Vorteil davon hätte. Es wäre dann relativ bald eben so, dass auch im Norden nur mehr eine kleine Elite gut leben würde. Man beachte in diesem Zusammenhang, dass etwa 20 % der Rumänen im Ausland leben und arbeiten und so von ihren Freiheiten als EU-Bürger Gebrauch machen. Würde man die Grenzen Europas unter den derzeitigen sonstigen Rahmenbedingungen für alle Menschen im sogenannten globalen Süden öffnen, so müsste man aufgrund des noch größeren Elends dort mit einem mindestens so großen Anteil an Migrationswilligen rechnen. Allein wenn 10% der Afrikaner nach Europa aufbrechen würden, das ist halb so viel wie bei den oben erwähnten Rumänen, wären das 120 Millionen, die zu den derzeit rund 500 Millionen EU-Bürgern kommen würden. Lateinamerika, oder asiatischen Ländern, wie Afghanistan, sind hier noch gar nicht berücksichtigt. Bei offenen europäischen Grenzen würden aber auch viele Mexikaner und andere Lateinamerikaner nicht mehr versuchen, in die USA zu gelangen, sondern sich über den Atlantik aufmachen. Steigert sich der Anteil mittelfristig auf die vorhin für Rumänien angeführten 20%, dann bewegen wir uns zahlenmäßig allein in Bezug auf Afrika bei 240 Millionen.

Daher ist es wirklich schwer vorstellbar, wie dies zu bewältigen wäre, ohne das Ökosystem der Region zu überlasten. Der Bedarf der Ankommenden würde außerdem die schon jetzt – zum Großteil allerdings aus anderen Gründen – beängstigend fortschreitende Bodenversiegelung anheizen. Im kleinen Österreich wurde in den Jahren unmittelbar vor 2020 jährlich etwa die Fläche von Eisenstadt zubetoniert, auch wenn die Ursachen, wie gesagt, bislang allenfalls zu einem Bruchteil mit der Migration zu tun hatten. Die oftmals vorgeschlagene Verdichtung im Wohnbau gerät in Zeiten des Klimawandels auch an Grenzen. Das Stichwort dazu lautet urbane Hitzeinseln. Außerdem muss man den Zuziehenden nicht nur ein lebenswertes Zuhause zugestehen, mehr Menschen benötigen auch zusätzliche Infrastruktur und Arbeitsplätze, die ebenfalls Boden verbrauchen. Auch der Bedarf an Elektrizität und anderen Energieformen wird steigen, welcher, nebenbei bemerkt, hinkünftig weitgehend aus lokalen erneuerbaren Quellen gedeckt werden soll. Trotzdem hat Europa zweifellos, allein schon aufgrund der historischen Mitverantwortung an der globalen Lage, die moralische Verpflichtung eine beträchtliche Zahl an Flüchtenden aus humanitären Gründen aufzunehmen. Deshalb ist es übrigens angesichts der begrenzten natürlichen Kapazitäten auch für einheimische Europäer ethisch höchst fragwürdig, absichtlich mehr als zwei Kinder in die Welt zu setzen. Langfristig ist natürlich nicht zu rechtfertigen, warum manche Erdenbürger Reise- und Niederlassungsfreiheit genießen, der Großteil davon aber ausgeschlossen ist.

Von 1920 bis 2020 hat sich die Weltbevölkerung in etwa vervierfacht. Das heißt aber auch, dass der bei halbwegs fairer Verteilung pro Nase zustehende nachhaltige ökologische Fußabdruck auf ein Viertel

geschrumpft ist. Sollten in der Forschung keine sensationellen Fortschritte erzielt werden, wird es bei weiterem Bevölkerungswachstum im derzeitigen Ausmaß immer aussichtsloser, dass die Wende zu ökologischer Nachhaltigkeit erreicht wird. Zusätzlich wird durch den Klimawandel die bewohnbare und die landwirtschaftlich nutzbare Fläche höchstwahrscheinlich schrumpfen, was sicherlich auch Abwanderungen notwendig machen wird, sodass die Bevölkerungsdichte in den verbleibenden habitablen Gebieten selbst ohne weiteren Gesamtzuwachs steigen wird, und das bei gleichzeitiger Abnahme der Möglichkeiten, auf zusätzliche externe Ressourcen zur Unterstützung der Lebensmittelversorgung in Form von Importen zurückgreifen zu können.

Allerdings ist das Problem nicht mit paternalistischer Entwicklungshilfe in den Griff zu bekommen, sondern nur mit fairen, auf den Nachholbedarf Rücksicht nehmenden Wirtschaftsbeziehungen. Die von der europäischen Union forcierten „economic partnership agreements" (EPAs) gehen aber wieder einmal trotz der euphemistischen Benennung deutlich in die falsche Richtung.

Selbst wenn man an der Jahrtausendwende geeignete Maßnahmen gesetzt hätte, wäre die heutige Weltbevölkerung kaum niedriger, da die Zahl der Menschen bei steigendem Wohlstand kurzfristig zunächst einmal zunimmt. Zum einem ändert sich nämlich der Kinderwunsch nicht von einem Tag auf den anderen, zum anderen steigt die Lebenserwartung. Im günstigsten Fall würden wir vielleicht gerade den Peak erreichen. Obgleich selbst dies wohl unwahrscheinlich ist, zumal beispielsweise die Einwohnerzahl Chinas immer noch steigt, ungeachtet der Tatsache, dass vor vierzig Jahren die autoritäre Einkindpolitik eingeführt wurde. Angesichts einer solchen unausweichlichen Systemträgheit ist jede weitere Verzögerung katastrophal. Zu dem Zeitpunkt, wo sich wirklich nicht mehr verbergen lässt, dass die Ausbeutung des globalen Südens auch den Großteil der Menschen in den derzeit wohlhabenderen Gegenden trifft, wird der Sturz in den Abgrund entsetzlicher existentieller Verteilungskämpfe nicht mehr aufzuhalten sein. An der politischen Entwicklung in Gruppen, die sich schon jetzt durch die Konkurrenz von Migranten auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt bedroht sehen, kann man ablesen, wohin die Reise gehen wird, wenn der Anteil der Verlierer steigt. Die erste Hälfte des 20. Jahrhundert sollte uns in diesem Zusammenhang eine Warnung sein.

4. Eine resiliente Gestaltung der Weltwirtschaft

Aus dem eben Dargelegten folgt, dass es eigentlich ein Gebot der Vernunft wäre, die globalen Handelsbeziehungen rasch neu zu gestalten. Die bisherige Freihandelsdoktrin, welche die teilweise ausbeuterischen Exzesse erlaubt hat, muss rasch und zum Teil auch einseitig durch Verpflichtung zu menschenrechtskonformem Fair Trade ersetzt werden. Zum Teil einseitig, da auf der Gegenseite ja, wie vorhin erwähnt, manchmal skrupellose Eliten das Sagen haben. Abkommen die diesem Ziel entgegenstehen, sind für ungültig zu erklären. Donald Trump hat die prinzipielle Machbarkeit eines unilateralen Vorgehens in einer allerdings definitiv missbräuchlichen Weise vorexerziert.

Mit gewissen Übergangsfristen sollten in diesem Zusammenhang geeignete Mindeststandards für alle Produkte entlang der gesamten Wertschöpfungskette bis hin zu den Rohstoffen und für alle Dienstleistungen am europäischen Binnenmarkt implementiert werden, die jegliches Sozial- und Umweltdumping innereuropäisch aber auch im Austausch mit dem Rest der Welt unterbinden. Natürlich können sich bisherige Handelspartner zum Teil weigern, darauf einzugehen. In diesem Fall müssen die Handelsbeziehungen gesetzlich stark eingeschränkt bzw. mit Strafzöllen belegt werden. Dies würde zum einen bei nicht wirklich notwendigem Luxus die Nachfrage reduzieren, was durch mediale Ächtung verstärkt werden könnte. Zum anderen würde bei wichtigen Gütern der Aufbau alternativer Beschaffungsmöglichkeiten oder die Suche nach Ersatzprodukten gefördert. Zugegebenermaßen ist die dazu notwendige Änderung der EU-Verträge extrem schwierig zu erreichen. Allen EU-skeptischen Globalisierungskritikern sollte jedoch bewusst sein, dass die meisten Mitgliedstaaten keine Chance hätten, ähnliches erfolgreich im Alleingang umzusetzen.

Neben der Unterbindung unfairer Bedingungen im Welthandel sollte die europäische Außenpolitik generell unterstützend dahingehend wirken, dass alle größeren Wirtschaftsräume dieser Welt (also nicht nur Europa) sich hinsichtlich wichtiger Grundbedürfnisse weitgehend selbst versorgen können. Sollte durch verschiedene Umstände in essentiellen Bereichen eine unzureichende Wettbewerbsfähigkeit für die Erhaltung oder den Aufbau sinnvoller Produktionskapazitäten bestehen, obwohl der Grundsatz eines fairen Handels strikt eingehalten wird, sollten Subventionen, der Schutz durch Einfuhrzölle oder bestimmte Beschränkungen für die Ausfuhr von Rohstoffen zugelassen werden. Auch in diesem Punkt setzen die vorhin erwähnten EPAs genau die falschen Prioritäten. Benachteiligte Regionen sollen für die Eigenversorgung noch mehr als bisher stark ermäßigten oder kostenlosen Zugang zu Patentlizenzen etc. erhalten. Entwicklungshilfe im klassischen Sinn sollte erst nach all dem quasi zur Abrundung einer schon zuvor partnerschaftlichen Wirtschaftsbeziehung als Ausgleich für vergangenes Unrecht dienen und nicht wie momentan weitgehend als bloßes Feigenblatt fungieren.

Durch Einrechnung und Abgeltung aller Umweltneben- und folgekosten des Verkehrs soll der Fernhandel gegenüber der regionalen Versorgung unattraktiver gemacht werden. Allerdings ist dabei, wie bereits angedeutet, darauf zu achten, dass ein Transportsektor mit vernünftigen Kapazitäten überlebensfähig und einsatzbereit bleibt, damit im Falle von großen Katastrophen rasch eine Mindestversorgung durch Lieferungen aus anderen Weltregionen gewährleistet werden kann. Es gilt eine für das Wohl aller Menschen und der Umwelt möglichst gut abgestimmte geographische Verteilung der Güterherstellung zu fördern.

Überdies sind in Form eines überarbeiteten sehr strengen Kartellrechts, das gegebenenfalls auch realistisch durchsetzbare Zerschlagungen vorsieht, Maßnahmen gegen regionale Marktdominanzen weniger oder gar nur einzelner Anbieter zu ergreifen. In Sektoren oder Bereichen, wo innerhalb eines bestimmten Wirtschaftsraumes Oligo- oder Monopole sinnvoll erscheinen, ist die Wahrung von Gemeinwohlinteressen durch spezielle Organisationsformen (z. B. öffentlicher Träger oder gemeinnützige Genossenschaft etc.) zu gewährleisten.

Während der Corona-Pandemie 2020 wurde gelegentlich versprochen, zu mehr lokaler Beschaffung überzugehen. Wenn nicht regulatorisch eingegriffen wird und die Spielregeln für alle dauerhaft geändert werden, werden solche guten Vorsätze recht bald in Vergessenheit geraten. Im Wettbewerb werden sich wieder weitgehend die Rücksichtslosen mit ihren Dumpingstrategien durchsetzen. Die Verantwortungsbewussteren werden dann entweder nachziehen oder die Zeit bis zur nächsten Krise finanziell nicht überleben.

5. Die Sicherung der Versorgung durch Suffizienz

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würden die soeben gemachten Vorschläge aber einen drastischen Einbruch in der Lebensqualität in Europa bringen, da sich durch die Maßnahmen die sogenannten „Terms of Trade“, sprich die Kaufkraft auf den Rohstoff- und anderen internationalen Märkten, massiv verschlechtern würden. Die Europäer könnten sich einen wirklich fairen Welthandel beim derzeitigen Bedarf quasi gar nicht leisten. Die Übergangsfristen bei der Implementierung der vorgeschlagenen Mindeststandards für den EU-Binnenmarkt sollten daher nicht nur einer Reorganisation der Lieferketten und dem gleichzeitigen Aufbau einer Kaufkraft in den derzeitigen Billiglohnländern dienen, sondern auch einer systematischen Absenkung des Bedarfes.

Es gab in den letzten Jahren unter dem Schlagwort „geplante Obsoleszenz“ immer wieder Debatten darüber, ob nicht Hersteller die Produktlebensdauer absichtlich reduzieren würden. Nun besitzt eine solche Unterstellung einen verschwörungstheoretischen Beigeschmack und in den meisten Fällen ist eine betrügerische Intention nicht einmal ansatzweise nachzuweisen. Deshalb sollte man lieber Begriffe, wie verfrühte, vorzeitige etc. Obsoleszenz benutzen. Denn unabhängig von der Motivation ist

nicht zu leugnen, dass heutige Produkte nicht so gestaltet sind, dass sie ihren Zweck solange erfüllen, wie unter einem vernünftigen Herstellungsaufwand und zu leistbaren Mehrkosten technisch durchaus gut realisierbar wäre. Natürlich muss dabei der gesamte Produktlebenszyklus berücksichtigt werden, denn ab einem gewissen Punkt würde eine weitere Erhöhung der Robustheit insgesamt eine negative Ökobilanz mit sich bringen.

Daher sollte auch die Reparierbarkeit massiv gefördert werden. Die Hersteller sollten zum Beispiel in die Pflicht genommen werden, möglichst viele leicht erhältliche Normbestandteile (Schrauben etc.) einzusetzen oder ausführliche Reparaturanleitungen, Schaltpläne etc. im Netz in geeigneten öffentlichen Repositorien zu hinterlegen und so zeitlich unbefristet zugänglich zu machen.

Liberale Theoretiker postulieren oftmals eine Markttransparenz, die für den Durchschnittsverbraucher ohne unabhängige professionelle Unterstützung allerdings illusorisch ist. Deshalb sollten neben zwingenden Mindeststandards in Produktzulassungsbestimmungen durch öffentlich geförderte, jedoch vom direkten politischen Einfluss möglichst unabhängigen, strengen Anti-Korruptionsbestimmungen unterliegenden Konsumenteninformationseinrichtungen ausführliche fachgerechte Tests durchgeführt und die Ergebnisse frei zugänglich veröffentlicht werden. Dadurch soll ein Wettbewerbsdruck Richtung Nachhaltigkeit jenseits bloßer Grünfärberei aufgebaut werden. Teilweise bereits verfügbare Daten zum monatlichen Energieverbrauch in der Nutzung sollten durch einen Parameter ergänzt werden, der den Energiebedarf während der Herstellung anteilsmäßig unter Berücksichtigung der zu erwartenden Durchschnittsproduktlebenszeit inkludiert. Das würde so manche irreführende Werbung für einen verfrühten Ersatz von alten Geräten durch angeblich umweltfreundlichere kurzlebige neue entlarven.

Gerade im Bereich elektronischer Geräte gibt es jedoch immer wieder Innovationen, die Begehrlichkeiten nach einem neuen Modell wecken. Auch wenn so manches der Werbung und einem gesellschaftlichen Klima, das Geltungskonsum fördert, geschuldet ist, ab und zu bringen Neuerungen unter Umständen tatsächlich einen Mehrwert. Hier wäre eine deutlich verbesserte Aufrüstbarkeit in der Lage, viele der Kundenwünsche zu erfüllen, ohne das ganze funktionierende Altgerät wegwerfen zu müssen. Als Beispiel, das zumindest ansatzweise in die richtige Richtung weist, sei in diesem Zusammenhang das modular aufgebaute Fairphone erwähnt.

Erst wenn alles andere ausgeschöpft ist, soll die Recyclierbarkeit als letzter Nachhaltigkeitsaspekt für die Umwelt wirklich schlagend werden, obwohl diese im Herstellungsprozess bereits im ersten Entwurf eines neuen Produktes mitbedacht und am Ende auch in jede externe Bewertung einfließen muss. Aber selbst dabei sollte in vielen Fällen eine Wiederverwendbarkeit von kompletten Bestandteilen gegenüber einer energetisch praktisch immer aufwendigeren stofflichen Verwertbarkeit bevorzugt werden. Im Produktdesign sollte eine möglichst einfache und gute „Ausschlachtbarkeit“ dadurch gefördert werden, dass dies im Zuge der Produktzulassung bei der Festsetzung einer beim Verkauf einzuhebenden Entsorgungsgebühr besonders berücksichtigt wird.

Manchmal wird ein Ansatz vorgeschlagen, der auf Miet- und Servicemodellen beruht. Um bei Herstellern einen intrinsischen Anreiz zu langlebigen, gut reparierbaren und rezyklierbaren Produkten zu generieren, soll demnach in Hinkunft zum Beispiel nur noch das „Service der Bereitstellung einer funktionierenden Waschmaschine“ anstelle des Gerätes selbst verkauft werden. Da Erhaltung, Ersatz durch ein Neugerät und korrekte Wiederverwertung des Altgerätes die Kosten des professionellen Dienstleisters beeinflussen würde, gehen die Befürworter dieses Konzeptes, zum Teil berechtigterweise davon aus, dass nicht nur die Herstellung sondern der gesamte Produktlebenszyklus optimiert würde. Dies würde insbesondere dann zutreffen, wenn die Hersteller die Dienstleistungen selbst anbieten würden. Diese Strategie hat jedoch einige gravierende Nachteile. So ist der Konsument in seinen Möglichkeiten drastisch eingeschränkt, wenn er etwa plötzlich ein Gerät abweichend von der üblichen Nutzung verwenden möchte, um z. B. Stoffe mit speziellen Reagenzien in der Maschine zu behandeln, denen der Hersteller aus mehr oder weniger berechtigten Vorsichtgründen nicht zustimmen will.

Schwierigkeiten gäbe auch bei der individuellen Umgestaltung, etwa der Umlackierung oder eigenmächtigen Bemalung eines Autos etc. Abgesehen davon gibt es Personen, die generell mit Gegenständen achtsamer umgehen als andere. Dies könnte nicht nur zu weiteren Konflikten zwischen Bereitstellern und Kunden führen, sondern auch dazu, dass sorgsamere Konsumenten wegen der statistischen Kostenkalkulation der Dienstleister die Achtlosigkeit anderer zumindest zum Teil mittragen müssten, wodurch persönliche Verhaltensanreize verloren gehen könnten. Ohne schützende Vorschriften ist eine lokale Reparatur- und Servicebranche den meist größeren global agierenden Herstellern total ausgeliefert. Dies ist zum Teil bei autorisierten Vertragswerkstätten der Autobranche zu beobachten, wo die Lizenznehmer regelmäßig ausgebeutet werden. Exorbitante Preise für neue Spezialwerkzeuge oder für den Zugang zu Reparaturanleitungen und Schulungen, die bei der Markteinführung neuer Modelle bewusst unverzichtbar gemacht werden, sind keine Seltenheit. Der soeben beschriebene Trend zu Spezialwerkzeugen und zum eingeschränkten Zugang zu Reparaturanleitungen ist gesamtgesellschaftlich gesehen keineswegs vorteilhaft. Für den einzelnen Verbraucher wäre es wünschenswerter, dass er z. B. eine Schraube oder Scheinwerferbirne rasch und einfach durch ein Normteil ersetzen kann, das bei verschiedenen Anbietern erhältlich ist. Einige Aspekte des komplizierten Designs, das die Exklusivität der Ersatzteilversorgung sicherstellen soll, erschweren überdies die Anpassung an neue Anforderungen erheblich. All dies wirkt nicht nur der Verlängerung der Produktlebensdauer entgegen, sondern zeigt auch das Risiko auf, dass bestimmte Kosten der vorzeitigen Obsoleszenz auf Vertragspartner und Verbraucher abgewälzt werden können. Wie man sieht bringt eine bloße Umstellung auf ein Miet- und Servicemodell bei langfristigen Konsumgütern noch keine befriedigende Lösung, schafft aber neue Probleme. Der Ansatz ist außerdem nicht im Sinne einer möglichst dezentralen lokalen Wirtschaft, sondern stärkt den Einfluss der meist kapitalbedingt großen global agierenden Industrie. Denn die Anbieter vor Ort wären noch abhängiger als in einer Wegwerfgesellschaft, wo man für die nächste Bestellung einfach zu einem anderen Hersteller wechseln kann. Es kann also auf detailliertere Regelungen auch hier nicht verzichtet werden. Bei selten oder wenig genutzten Güter (z. B. Bauwerkzeugen, etc.) machen Sharing- und Mietmodelle aber natürlich Sinn.

Der vergleichsweise hohe Ressourcenverbrauch im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung Europas hat zum einen ebenfalls mit einer enormen Verschwendung zu tun. Nach diversen Studien landen bis zu einem Drittel der Nahrungsmittel im Müll. Zum anderen sind die Ernährungspräferenzen zugunsten eines hohen Anteils an Fleisch und anderen Tierprodukten dafür verantwortlich. Die zum Teil sogar der Gesundheit abträglichen Gewohnheiten sind aber nicht nur angesichts vieler hungernder Menschen bedenklich, sie vereiteln auch ein humanes Bemühen um eine einigermaßen artgerechte Behandlung. Die Größenordnung der momentanen Massenhaltung kann trotz aller Technik niemals adäquat auf die Bedürfnisse der Tiere eingehen, da dies sowohl hinsichtlich des Aufwandes als auch des Flächenbedarfes jeden Rahmen sprengen würde. (Tierethik gründet übrigens in einem erweiterten Humanismus, von Katzen kann keine „mausgerechte“ Behandlung von Mäusen erwartet werden. Umgekehrt wirkt unser Verhalten gegenüber Tieren auch auf die Gesellschaft zurück und die eigentlich tierquälerischen Züchtungen von Hochleistungsrassen sowie deren durchrationalisierte ausschließlich an wirtschaftliche Überlegungen orientierte Haltung könnten irgendwann zum Vorläufermodell einer entsprechenden zukünftigen Menschenzüchtung und -haltung werden.) Angesichts des in der Wildnis geltenden „Gesetzes von Fressen und Gefressenwerden“ halte ich persönlich die Nutzung von Tieren trotzdem solange für vertretbar, als wir diesen Wesen ein einigermaßen befriedigendes Dasein sowie ein schmerz- und angstfreies Ende ermöglichen. Sicherlich werden hier manche aus durchaus diskussionswürdigen Gründen anderer Ansicht sein. Klar ist jedoch, dass ein höherer Tierschutz eine Bestandsreduktion verlangt und für die Konsumenten mit erheblich höheren Preisen verbunden ist.

In der Praxis erfordert nicht nur der Tierschutz zahlenmäßige Beschränkungen, sondern auch Überlegungen im Zusammenhang mit internationaler Fairness und ökologischer Nachhaltigkeit. Der Import von Eiweißfuttermittel aus Lateinamerika aber auch Afrika in die reichen Länder des Nordens

zur Versorgung der oft unwürdigen Tierfabriken ist für einen erheblichen Anteil der Zerstörung von Urwäldern verantwortlich und gefährdet außerdem die Lebensmittelversorgung vieler armer Menschen. Der gewaltige Einsatz von Düngemittel und Pestiziden aus der chemischen Agroindustrie, ist nicht nur von einem entsprechend großen Energieeinsatz aus fossilen Rohstoffen begleitet, sondern hat auch langfristige ökologische und gesundheitlich bedenkliche Kontaminationen zur Folge. Daneben gefährdet eine massive Bewässerung oft die zukünftige Wasserversorgung.

Die aktuelle Agrarpolitik der Europäischen Union subventioniert Exporte aus einer konventionellen Überproduktion, die in vielen benachteiligten Regionen der Welt lokale kleinbäuerliche Strukturen zerstören. Verschiedene NGOs fordern seit Jahren stattdessen, eine nachhaltige regionale Versorgung mit Bioprodukten im Sinne der Ernährungssouveränität zu fördern.

6. Medien

Eine erhöhte technische Produktlebensdauer bringt nichts, wenn ein Großteil der Gütern allein aufgrund der Verlockungen durch Marketingabteilungen, sei es in Form geschickt lancierter Modetrends oder sonstiger psychologisch ausgefeilter Werbung, durch neue ersetzt wird.

Eigentlich sollte Anti-Konsumwerbung die möglichst lange Nutzung von Gegenständen mit der Patina diverser Gebrauchsspuren und Reparaturnarben zu etwas Erstrebenswertem machen, mit dem man vor dem Nachbarn punkten kann. So sollte der sogenannte Geltungskonsum eingedämmt werden, ersetzt durch eine neue Kultur, die auf Pflege und Instandhaltung stolz ist. Einfache Freizeitaktivitäten sollten mehr Ansehen einbringen als teure Fernreisen. Marketing, das über möglichst sachliche Information hinausgeht, sollte dagegen durch massive Kritik und öffentliche Hinterfragung diskreditiert werden.

Wie ein ausgewogener politischer Wettbewerb erfordern funktionierende Märkte hinreichend aufgeklärte Teilnehmer und genügend Transparenz. Guter Journalismus sollte nicht nur Wähler an der Urne sondern auch wählende Konsumenten in kritisch unabhängiger Weise beratend unterstützen. Er sollte als Ergänzung zu den bereits erwähnten öffentlich finanzierten unabhängigen gemeinnützigen Nichtregierungsorganisationen zur Bewertung der Nachhaltigkeit von Produkten dienen.

Die journalistische Freiheit ist allerdings gegenwärtig durch die Abhängigkeit der Medien von Werbeeinnahmen extrem korrumpiert. Nicht nur in Gratiszeitungen oder bei Privatsendern findet sich oft als Artikel oder gewöhnliche Sendungen getarnte Konsumproganda sondern auch in Qualitätsmedien, ganz zu schweigen von der Anbiederung an politische Interessen zahlungskräftiger Inserenten. Daher ist im Sektor der sogenannten vierten Gewalt eine Neuaufstellung der Finanzierung rein aus Abonnements und öffentlichen Zuschüssen angebracht. Die Förderungen sollten dabei von einer unabhängigen europäischen Institution nach strikten objektiven Kriterien verteilt werden. Letztlich zahlen die Konsumenten derzeit über höhere Produktpreise für die in der Regel zumindest teilweise werbefinanzierten Medien indirekt und dazu noch für die ganze Manipulationsmaschinerie der Marketingbranche, um letztlich mit einer Meinungsmache im Sinne einer reichen Minderheit abgespeist zu werden. Im Durchschnitt betrachtet würden sich durch eine höhere direkte Bezahlung der Medien mehr oder weniger nur die Geldflüsse verschieben, was aber nichtsdestotrotz für die Gesellschaft insgesamt einen gewaltigen Unterschied machen würde.

Ähnlich gelagerte Bedenken verlangen auch eine Änderung der Eigentümerstruktur dieses demokratiepolitisch sehr sensiblen Bereichs. Medien sollten ab einer gewissen Reichweite entweder als öffentlich-rechtliche Institutionen mit Statuten, die eine politische Unabhängigkeit garantieren, oder vorzugsweise als spezielle gemeinnützige Genossenschaften, mit Regeln, die den Einfluss einzelner insbesondere finanzkräftiger Gruppen begrenzen, organisiert sein müssen. Im Übrigen sollten auch Internetsuchmaschinen und neue soziale Medien in dieser Form gestaltet sein.

7. Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen

Das Konzept eines „geistiges Eigentums“ als exklusives Nutzungsrecht mit der Möglichkeit zur völlig willkürlichen Lizenzvergabe bzw. -verweigerung ist schon vom Prinzip her falsch. Das hoheitlich geschützte Privileg wird regelmäßig damit gerechtfertigt, dass dadurch Anreize für eine schöpferische Tätigkeit zum Wohle der Allgemeinheit gesetzt würden bzw. den involvierten Personen ein fairer Lebensunterhalt ermöglicht werde, der ihnen die Erbringung solcher Leistungen überhaupt erst erlaubt. In den letzten Dekaden ist das Ganze jedoch zu einem Unwesen verkommen, mit der durchaus gängigen Praxis, derartige Rechte zur Blockade zu nutzen, etwa um eine eigene schon vorhandene Marktdominanz zu schützen und den Eintritt von neuen (kleineren) Mitbewerbern zu verhindern. Viele der oft gepriesenen „Start-Ups“ werden von Konzernen aufgekauft, damit man ihre Ideen in Schubladen verschwinden lassen oder zumindest den eigenen Marktstrategien unterordnen kann. Hier wird Kreativität und Wissenstransfer gehemmt und Mono- oder Oligopolbildung begünstigt, was eigentlich nicht im öffentlichen Interesse sein kann.

Nun soll Erfindern und Urhebern ihre Leistung angemessen, durchaus großzügig, aber nicht ohne die Verhältnismäßigkeit aus den Augen zu verlieren, abgegolten werden, bei gleichzeitiger Unterbindung von Missbrauchsmöglichkeiten. Deshalb soll die Verwaltung von Lizenzvergaben und die Einhebung von Gebühren von einer unabhängigen (europarechtlich verankerten) Behörde durchgeführt werden, wobei die Höhe in einem speziellen Gerichtsverfahren festgelegt wird. Bei wesentlichen Änderungen der Beurteilungsgrundlage soll sowohl vom Rechteinhaber als auch von einem tatsächlichen oder potentiellen Lizenznehmer ein Änderungsantrag eingebracht werden können. Im Falle der Ablehnung soll der Antragssteller die Bearbeitungskosten zu tragen haben, im Falle der Stattgabe soll im Verfahren darüber entschieden werden, wobei bei Erhöhungen der Gebühr wie bei der Erstanmeldung in der Regel der Rechteinhaber zu zahlen hat. Inflationsanpassungen sollen jedoch automatisch erfolgen. Die behördlich festgesetzte Lizenzgebühr soll so formuliert sein, dass sie sich automatisch immer auch am Ausmaß der Nutzung eines Verfahrens oder Werkes bzw. an Produktionszahlen orientiert, sodass kleine Firmen durch keine unverhältnismäßigen Hürden benachteiligt werden. Grundsätzlich soll dabei ein Diskriminierungsverbot gelten und für alle die gleichen jeweils gerade gültigen Berechnungsmodalitäten gelten. Es soll jedoch möglich sein, gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen oder solchen aus benachteiligten Regionen der Welt, eine vergünstigte oder kostenlose Nutzung eventuell unter gewissen Einschränkungen zu erlauben. Solche Ausnahmen sollen auch behördlich verordnet werden können. Generell sollte die Patentierbarkeit auf ein faires Maß zurückgestutzt werden, indem z. B. sogenannte Trivialpatente geringer Schöpfungshöhe abgewiesen werden bzw. im Zweifelsfall nur eine entsprechend geringe und eventuell zudem kürzer befristete Abfindung zugesprochen bekommen.

Man könnte nun einwenden, dass behördlich in einem Verfahren festgelegte Gebühren dem Prinzip einer Marktwirtschaft, wo sich der Preis nach Angebot und Nachfrage richtet, widersprechen. Es ist jedoch dagegen zu halten, dass der Rechteinhaber ja ein ihm vom Staat oder im Falle der EU von der Staatengemeinschaft gewährtes Privileg in Anspruch nimmt, das im bisherigen System Monopole verursacht, welche die Marktmechanismen ohnehin weitgehend außer Kraft setzen. Außerdem wurden bei Verletzungen auch bisher teilweise in Gerichtsverfahren Entschädigungshöhen festgelegt.

Für die Veröffentlichung von Werken, die nicht dem Patent- sondern dem Urheberrecht unterliegen soll es Pauschalsätze in verschiedenen Kategorien und anhand verschiedener Kriterien geben, wie etwa die Länge eines Textes oder Filmes usw. Ein Verfahren soll es nur geben, wenn der Rechteinhaber eine Abweichung davon wünscht. Ein nichtdiskriminierender genereller Rabatt, ein vollständiger oder teilweiser Verzicht, der alle in gleicher Weise betrifft, z. B. in Form einer Creative Commons Lizenz soll jedoch kostenlos und völlig unbürokratisch möglich sein.

Es ist nicht einzusehen, dass die Nachkommen eines bedeutenden Schriftstellers, Musikers etc. ohne eigene Leistung unlimitiert bis 70 Jahre nach dessen Tod abkassieren, während die Nachkommen eines

hart arbeitenden Bauarbeiters, einer guten Ärztin etc. sich mit einem Erbe, das eventuellen Ersparnissen aus deren Einkommen entspringt, begnügen müssen. Als Diskussionsgrundlage für eine Urheberrechtsnovelle könnte etwa Zeitraum von 40 bis 50 Jahre nach Veröffentlichung dienen, unabhängig vom Todeszeitpunkt, weil in der Regel kaum zu rechtfertigen ist, warum dieser den Vergütungszeitraum beeinflussen soll. Dieser Vorschlag bewegt sich immer noch weit über den Patentlaufzeiten.

Sortenschutz oder Patente auf Lebewesen sind abzuschaffen. Die Generierung neuer Organismen und deren Einbringen in die Umwelt, auch mittels neuer gentechnologischer Methoden soll dem rein kommerziellen Bereich entzogen werden, nicht zuletzt weil diese oft auch mit enormen Risiken für bestehende Ökosysteme verbunden sind. Die im Zuge des Klimawandels sicherlich notwendige Weiterentwicklung soll von staatlichen und supranationalen wissenschaftlichen Non-Profit-Organisationen durchgeführt werden. Nach ausgiebigen Sicherheitsprüfungen sollen angepasste Züchtungen der Allgemeinheit frei zur Verfügung stehen.

Technischen Richtlinien und Normen sollten wie vielfach schon jetzt Gesetzestexte im Netz allen kostenfrei zugänglich sein. Die Kostenpflichtigkeit stellt nämlich ebenfalls eine Hürde und Benachteiligung von KMUs gegenüber großen Unternehmen dar. Außerdem muss deren Erstellung demokratischer und transparenter werden. Derzeit dominieren finanzkräftige Lobbyisten die „Vereine“ und sonstigen merkwürdigen Gremien, die mit der Ausarbeitung solcher Vorschriften oder Empfehlungen beauftragt sind.

8. Demokratiefreundliche Digitalisierung

Die Digitalisierung der letzten Dekaden hat zu bedenklichen Machtkonzentrationen geführt, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht sondern auch im Hinblick auf die Einflussnahme- oder Manipulationsmöglichkeiten im gesellschaftlich politischen Diskurs.

Das Konzept proprietärer Software führt dazu, dass neue Dienstleister gegenüber einmal etablierten Großanbietern kaum eine Chance haben, auch wenn sie innovative Ideen zur Weiterentwicklung hätten. Während bei Erfindungen sogar nach momentaner Gesetzeslage zumindest nach Ablauf der Patente, die Möglichkeit besteht, auf dem bisher Erreichten aufzubauen, versuchen Softwarekonzerne dauerhafte Mono- oder zumindest Oligopole einzurichten. Außerdem kann, was etwa den Datenschutz betrifft, nicht immer nachvollzogen werden, ob und wie gut dieser etwa von einem Betriebssystem gewährleistet wird. Es ist oft erstaunlich, welche Datenmengen z. B. im Zuge der Updatefunktion an Hersteller gesendet werden. Es gibt EDV-Spezialisten die manche Systeme überhaupt als Spionagesoftware im Hinblick auf das Nutzerverhalten einstufen. Zudem trägt die Notwendigkeit von Sicherheitsupdates im Falle einer Netzanbindung zur vorzeitigen Obsoleszenz bei, da alte Hardware im Zuge dessen oft ohne ersichtlichen Grund spürbar langsamer wird. Nach Ende des Supports gibt es häufig in der Nachfolgeversion keine passenden Treiber mehr. Beim Betriebssystem kann sich die vorzeitige Obsoleszenz auch auf Software beziehen, die nicht mehr unterstützt wird. Ist der Quellcode nicht zugänglich, besteht keine Möglichkeit der Adaption, sodass man dem „good will“ der Hersteller ausgeliefert ist.

Das Konzept einer transparenten und frei modifizierbaren Open Source Software kann hier viele Schwierigkeiten von vornherein vermeiden. Es gibt dabei jedoch das Problem hinsichtlich der Sicherung eines Lebensunterhaltes der Programmierer. Die Abhängigkeit von Großspendern, die interessanterweise zum Teil aus dem proprietären Bereich kommen, bringt manchmal bereits gefährliche Einflussnahmeversuche auf die existierende Open Source Szene mit sich. Deshalb scheint eine Förderung durch die Allgemeinheit dringend angebracht.

Die öffentliche Beschaffung von neuer Software sollte ehebaldigst nur noch auf Basis von Open-Source Lizenzen mit der Auflage zu möglichst übersichtlichem, gut gepflegtem und dokumentiertem Code

erfolgen. Die Bereitstellung und Pflege der Software soll als Dienstleistung in regelmäßigen Abständen geprüft und immer wieder neu ausgeschrieben werden, nicht zuletzt um durch einen gewissen Wettbewerb Anreize zu innovativen Verbesserungen zu setzen. Bei entsprechender Quellcodequalität kann gegebenenfalls ein Anbieterwechsel erfolgen, ohne dass ein System komplett umgestellt werden muss, falls etwa der bisherige Betreuer zuletzt etwas nachlässiger wurde oder nicht in der Lage sein sollte, zukünftig notwendige Funktionen zu implementieren.

Offene Betriebssysteme, Office-Anwendungen und andere Software (Buchhaltung und sonstige ERP-Anwendungen, CAD-CAM etc.) für Betriebe und Verwaltung sollen mittels EU-Projekten weiterentwickelt und allen zur Verfügung gestellt werden. Dies würde Digitalisierungsnachteile bei vielen kleineren und mittleren Unternehmen verringern. Außerdem könnten die Programme im Rahmen von Entwicklungshilfe-Projekten an die Bedürfnisse von Entwicklungsländern angepasst werden.

Ein extrem wichtiges Thema im Zusammenhang mit der Digitalisierung ist die Gefahr des Abgleitens in einen technokratischen Überwachungstotalitarismus oder eine maschinell gestützte Massenmanipulation. In diesem Zusammenhang wäre die Offenlegung von Algorithmen, die in Suchmaschinen oder für die Auswahl und Anordnung von Inhalten in sogenannten „Sozialen Medien“ verwendet werden, von entscheidender Bedeutung. Die politische Manipulation durch unterschiedliche Sichtbarkeit und die beobachteten Filterblasen-Effekte müssen ein Thema bei Überlegungen zu einer künftigen Gestaltung sein.

Außerdem sollte es hier wie bei den klassischen Medien zu einer Trennung der Finanzierung von der Konsumwerbung kommen. Dabei würde sich wie bei den übrigen Medien die Finanzierung über eine Kostenbeteiligung der Nutzer unter zusätzlicher Stützung durch öffentliche Förderungen auf europäischer Ebene anbieten. (Wieder sollte man nicht vergessen, dass der Durchschnittskonsument derzeit über höhere Produktpreise, welche die Marketingkosten beinhalten, bezahlt. Die Ausdrucksweise, man bezahle mit seinen Daten, ist verkürzt, auch wenn dies auf ein zusätzliches Problem verweist, denn Google und Co. verdienen reales Werbegeld, das letztlich statistisch gesehen über Umwege von den Nutzern stammt.) Entgelte etwa für eine transparente demokratiefreundliche Suchmaschineninfrastruktur könnten über die Netzwerk-Provider abgerechnet werden. Für kurzfristigen Online Medienzugriff als Ergänzung zu klassischen Abonnements und für kleine Einkäufe sollte darüber hinaus eine europaweit standardisierte anonyme Zahlungsmöglichkeit geschaffen werden, die sich aus Prepaid-Bons speist, welche auf kleine Beträge limitiert sind.

Die Organisationsform von Suchmaschinen oder „Sozialen Medien“ sollte Transparenz und demokratische Kontrolle ermöglichen, allerdings unabhängig von der übrigen Politik. Dies könnte etwa auch durch einen speziellen gewählten europäischen Internetmedienaufsichtsrat unterstützt werden, der der Sicherung der Meinungsfreiheit und -vielfalt einerseits und einem strengen Schutz personenbezogener Datenschutz andererseits verpflichtet ist. Die Betreiber der Infrastruktur sollten einer kritischen Öffentlichkeit z. B. vertreten durch NGOs jederzeit Rechenschaft über die Einhaltung dieser Grundsätze ablegen können.

Bei der Vorantreibung der Digitalisierung ist stets eine Kosten-Nutzen-Abwägung vorzunehmen. Entwicklungen in eine Richtung wie beim derzeit entstehenden chinesischen „Sozialkreditsystem“ muss schon in kleinsten ersten Ansätzen entschieden entgegengetreten werden. Deshalb ist die Forderung nach Tracking-Apps im Zuge der Pandemie 2020 äußerst kritisch zu betrachten.

Die massive ständige Nutzung von Mobilgeräten (Smartphones) ist psychisch, bei jungen Menschen auch pädagogisch betrachtet nicht unbedenklich. Dazu kommt, dass die langfristigen Folgen der Strahlenbelastung auf die Gesundheit noch kaum einzuschätzen sind. Im Anbetracht dessen ist die Sinnhaftigkeit eines übereilten Ausbaus der Netze in Richtung 5G, der tausende zusätzliche Sender und erhebliche Sendeleistungssteigerungen erfordern würde, ziemlich fragwürdig.

Würde man die Leute durch Umgestaltung der „sozialen“ Medien, spezielle Kampagnen etc. zu sorgsameren Umgang bewegen, würden die derzeitigen Funkstandards in nächster Zeit völlig ausreichen. Sogar die extreme Ausweitung von Videokonferenzen während der Pandemie 2020 konnte irgendwie bewältigt werden. Stundenlange Übertragungen in HD-Qualität sind jedoch auch dabei in den meisten Fällen nur Ressourcenverschwendung, ganz zu schweigen vom Unsinn der sogenannten Streaming-Dienste, wo der gleiche Inhalt manchmal sogar wiederholt an den selben Haushalt übertragen wird. Daneben könnte auch eine Popularisierung schlankeren Webdesigns den Bandbreitenbedarf deutlich senken, ohne dass den Endnutzern wirklich etwas fehlen würde. Noch mehr Einsparungen würde die Abkehr von der verbreiteten Werbefinanzierung bringen. Es gibt aber möglicherweise Regionen, wo ein weiterer Ausbau der Netzinfrastruktur insbesondere auch im Festnetzbereich sinnvoll erscheint.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Die Sinnhaftigkeit einer Ausweitung auf neue Anwendungsbereiche oder Produktgruppen sollte in einem offenen Diskurs unter Beachtung aller Implikationen (etwa in Bezug auf Sicherheit, Umwelt, etc.) stets kritisch hinterfragt werden.

9. Vermögensverhältnisse

Vermögen erlauben oft nicht nur eine gewisse Ausweitung von Freiheiten in der persönlichen Lebensgestaltung, sondern sind in durchaus erheblichem Ausmaß mit vermehrten politischen Partizipationsmöglichkeiten verbunden. Diese Umstände sind nicht nur im Hinblick auf die Finanzierung des Gemeinwesens von Bedeutung, wo Bessergestellten im Allgemeinen ein höherer Beitrag zugemutet werden kann, sondern auch in Bezug auf die Vermeidung eines letztlich irgendwann politisch gefährlich werdenden Machtgefälles. Es geht also nicht allein um die Abdeckung öffentlicher Ausgaben, sondern auch um die Eindämmung von extremer, demokratische Prinzipien untergrabender Ungleichheit, selbst wenn nach Abzug des Einhebungsaufwandes relativ unbedeutende Einnahmen für das Staatsbudget damit verbunden wären, weil z. B. die Zahl der Betroffenen sehr gering ist.

Das Leben – oder soll man sagen das Schicksal – ist letztlich ungerecht und staatliche Maßnahmen können diese Tatsache nicht gänzlich aus der Welt schaffen. Da jedoch der überwiegende Teil außerordentlich hoher Vermögen auf großzügigen Erbschaften und Schenkungen basiert, sollten alle derartigen Begünstigungen im Laufe des Lebens für jede Person in einem Konto erfasst und ab einem ziemlich hohen Freibetrag progressiv so besteuert werden, dass eine inflationsbereinigt kumuliert berechnete Abgabenhöhe schließlich im Extremfall ab einem gewissen Punkt bei praktisch 100% liegt, wobei auch ausländische Vermögen mitzuberücksichtigen sind. Falls der nach der Berücksichtigung des Neuzugangs zu erwartende Kontostand weit unter der Freibetragsgrenze liegt, soll eine kostengünstige grobe Schätzung genügen.

Bei der Weitergabe von kleinen oder mittleren Unternehmen (Stichwort Familienbetriebe) soll es zusätzliche Vergünstigungen geben, damit es im Zuge eines Generationenwechsels nicht zur Gefährdung der Eigenständigkeit von KMUs und damit zu unerwünschten Konzentrationseffekten am Markt kommt, allerdings unter der Auflage, dass die gewährten Rabatte bei Veräußerungen zu einem späteren Zeitpunkt zur Nachzahlung fällig werden. Bei der Vererbung oder Schenkung von Wohnbauten, die über den Eigenbedarf hinausgehen, soll eine anstehende Sanierung, auch um diese energieeffizienter oder altersgerechter zu machen, Berücksichtigung finden, sofern die Mieter von der Kostenersparnis entsprechend profitieren.

Einkünfte aus Gewinnentnahmen, Mieten, Pacht- und sonstigen Kapitalerträgen sind jedoch genauso wie Lohneinkommen und gemeinsam mit diesen progressiv zu besteuern. Soweit ihnen keine wirkliche persönliche Leistung gegenüber steht, sollten Regulierungen getroffen werden, die solche Einkünfte ab einem durchschnittlichen Gesamteinkommen im Normalfall nahezu auf eine Werterhaltung begrenzen

(Inflationsabgeltung, Entschädigung des Wertverluste durch Alterung bzw. angemessene Rücklagen zur Instandhaltung und Renovierung, Versicherungskosten etc.). Dies ließe sich im Zuge der Einkommenssteuererklärung durchaus mit vernünftigen Verwaltungsaufwand umsetzen. Bis zum Durchschnittseinkommen werden alle Einkommen einfach addiert und alles progressiv besteuert. Über dieser Höhe wird bei „leistungsfreien“ Einkommen alles über der Werterhaltung vom Fiskus abgeschöpft, wobei man eben gewisse Aufwendungen als steuermindernd geltend machen kann.

Wenn man die Einkünfte so mancher Anteilseigner oder Aufsichtsratsmitglieder für die Teilnahme an ein paar Sitzungen ansieht, dann erscheinen etliche Berichte von Medien über sogenannte Leistungsträger schlicht lächerlich. Aber auch die Gehälter im Management liegen oft jenseits von Gut und Böse, jedenfalls jenseits jeder vernünftig rechtfertigbaren Höhe. Deshalb sollten diese gesetzlich begrenzt werden. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil sonst einige Eigentümer durch die Schaffung von Phantasieposten für sich selbst, die eben vorhin gemachten Vorschläge umgehen könnten.

Persönliche Anstrengung und Leistung, aber auch einstweiliger Konsumverzicht zur Ermöglichung späterer Ziele sollen durchaus gefördert werden, soweit die Allgemeinheit als Ganze ebenso davon profitiert. Aber dem Ehrgeiz sind zum Schutz gegen die Erlangung von allzu viel Macht und Einfluss Grenzen zu setzen. Überdies spielt gerade ab gewissen Dimensionen vielleicht Klugheit oft aber auch bei genauerer Betrachtung weniger hehre Schlauheit oder Glück eine wesentlich wichtigere Rolle bei der Erlangung hoher Einkommen und Vermögen als der persönliche Schweiß. Um Fairness und Verhältnismäßigkeit bei wirtschaftlicher Macht zumindest ein Stück weit zu wahren, sollte es daher für das Vermögen in den Händen einer Person oder Familie generell und nicht nur bei Übertragungen eine absolute Obergrenze geben, die nicht überschritten werden darf. Zur Ermöglichung der Kontrolle sollten alle wesentlichen Besitztümer, Konten, Anteile, größeren Wertsachen etc. in einer Datenbank der Finanzbehörden erfasst sein.

Eine weitere Maßnahme zur Eindämmung der Akkumulationstendenzen beim Kapital wäre eventuell eine Progression bei der Körperschaftssteuer, wobei man sich allerdings Maßnahmen zur Vermeidung von Umgehungskonstruktionen überlegen müsste. Außerdem sind die gesellschaftlich als günstig zu betrachtenden Größenbegrenzungen bei Unternehmen vermutlich von verschiedenen Faktoren wie etwa der Branche usw. abhängig. Auf alle Fälle muss jedoch der bisherige Standortwettbewerb im Hinblick auf Steuerbegünstigungen für Unternehmen oder Finanzinvestoren beseitigt werden, und zwar durch eine internationale, zumindest aber eine einheitliche europäische Regelung, welche rigorose gemeinsame Maßnahmen gegen Steuerflucht oder Tricks zur Steuervermeidung inklusive Kapitalverkehrskontrollen und -beschränkungen beinhaltet.

Der Handel mit Unternehmensanteilen ist durch Mindesthaltefristen zu begrenzen. An diese Fristen soll sich ein Zeitraum anschließen, in der eine langsam sinkende Pönale als Sondersteuer anfällt. Freiwillige vertragliche Verpflichtungen zu längeren Beteiligungen sollen in die Erhöhung eines Faktor zur Berechnung der Stimmverhältnisse bei Eigentümerversammlungen eingehen, denn wer sich länger an ein Unternehmen bindet, soll bei strategischen Entscheidungen mehr Gewicht haben. Damit soll das ständige bloße Schielen auf die nächsten Quartalszahlen oder die kurzfristige Kursentwicklung vermindert und eine verantwortungsvollere Haltung gegenüber der Zukunft des Unternehmens gefördert werden. Überdies soll die Einbindung der Belegschaft in Entscheidungen generell erhöht werden.

Ein erneuertes strenges Kartellrecht soll bestehende Marktdominanzen durch Zerschlagungen aufheben. Natürliche oder sinnvolle Monopole müssen entweder direkter öffentlicher Kontrolle unterliegen oder als spezielle gemeinnützige Genossenschaften geführt werden. Wesentliche Infrastruktur ist als Allmende zu organisieren.

10. Die Finanzierung des staatlichen Gemeinwesens

Die Wirtschaft dient in erster Linie der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und nicht der „Schaffung von Arbeit“. Eine humane Gestaltung der Arbeitsplätze und eine gerechte Verteilung der Lasten aber auch der Partizipationsmöglichkeiten in einer Gesellschaft sind natürlich trotzdem vernünftige Ziele einer „Beschäftigungspolitik“. Nachdem in manchen elitären Kreisen dabei eine Konnotation im Sinne von „Beschäftigungstherapie“ mitschwingen dürfte, die die Bevölkerungsmasse davon abhalten soll, zu viel über die Machtverhältnisse nachzudenken, scheint die Verwendung des Wortes „Arbeitsaufteilungspolitik“ wohl besser angebracht.

In Diskussionen ist oft von der Notwendigkeit einer guten Konjunktur für den Staatshaushalt die Rede. Wenn aber die Binnennachfrage, sprich der Konsum, nur deshalb „angekurbelt“ werden muss, damit der Sozialstaat finanzierbar bleibt und die Arbeitslosigkeit nicht explodiert, dann stimmt etwas nicht, und zwar mit dem gesamten System der Ressourcenallokation auf politisch volkswirtschaftlicher Ebene.

Wäre der Arbeitsmarkt Europas nicht in unnötigem Ausmaß einem inneren und internationalen Dumping-Standortwettbewerb ausgesetzt, könnte bei einem Produktionsüberschuss die Arbeit gegebenenfalls auch durch Arbeitszeitverkürzungen besser verteilt werden, anstatt einen sinnlosen Mehrverbrauch rein zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu induzieren. Allerdings würde die schon erwähnte Umstellung auf fairen Welthandel die zu erbringende Gegenleistung für Importe stark erhöhen, so dass in nächster Zeit keine größere Verringerung des Arbeitsvolumens in Europa zu erwarten wäre.

Im Übrigen ist es jetzt so, dass die Exportwirtschaft und der importierende Handel indirekt subventioniert wird, indem der Staat die Sozialkosten des Arbeitskräftereservoirs (welches durchaus die Erpressbarkeit der nicht-selbständig Beschäftigten erhöht) in Form des Arbeitslosengeldes teilweise durch Schulden trägt, die über jene Anleihen finanziert werden, in die das in privaten Händen angehäufte Kapital fließt. Dem Handel wird dadurch für das globalisierte Kapital quasi kostenlose zusätzliche Kaufkraft zur Verfügung gestellt, da das Geld in den Anleihen im Gegensatz zu Löhnen und Steuern irgendwann zurückgefordert werden kann. So wird die ungleiche Vermögensverteilung auch auf diese Weise gefördert und das Gemeinwesen in Zukunft allmählich einer privaten Minderheit ausgeliefert, was man in Steuergerechtigkeitsdebatten durchaus einmal erwähnen könnte.

Da die Einkünfte des Staates zu einem Großteil auf Lohn- und Umsatzsteuern basieren, welche mit einer in der Mehrzahl auch Ressourcen verbrauchenden Erstellung von Produkten und Dienstleistungen verbunden sind, muss er im Rahmen der derzeit vorherrschenden Politik zur Finanzierung seiner Leistungen für einen hohen Umsatz in der Wirtschaft sorgen. Eigentlich müssten ja durch länger haltbare Güter und/oder den Verzicht auf nur durch (Werbe-) Manipulation hervorgerufene Begehrlichkeiten Arbeitskapazitäten zur Pflege von Alten und Kranken, zur Kindererziehung etc. frei werden. Innerhalb der gegenwärtigen Wachstumsdoktrin ist der Staat jedoch gezwungen, den Konsum um jeden Preis anzukurbeln, damit „Brosamen“ für gesellschaftlich Notwendiges abfallen, auch wenn der damit verbunden Verbrauch langfristig im Hinblick auf globale Rohstoffkonflikte oder der Stabilität lebenserhaltender Ökosysteme quasi selbstmörderisch ist.

Daher sollte im Falle von Wohlstandssättigungsphänomenen, wie bereits gesagt, der Arbeitsmarkt durch an die Lage reversibel anpassbare Arbeitszeitkürzungen entlastet und die Staatseinnahmen durch eine gleichzeitige, sozial verträglich gestaltete Erhöhung von Steuersätzen auf dem notwendigen Niveau gehalten werden. Wenn Menschen mit allem, was sie brauchen, mehr als ausreichend versorgt sind, dann kann man ihnen zumuten, einen größeren Anteil vom erwirtschafteten Einkommen (oder auch übermäßig angehäuften Vermögen) für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Natürlich darf nicht jeder Einbruch der Wirtschaftsleistung durch Steuererhöhungen kompensiert werden, da sonst eine Abwärtsspirale in Gang kommen kann, die die Versorgung der Bevölkerung

gefährdet. Man denke nur an die große Wirtschaftskrise in der ersten Hälfte des 20 Jahrhunderts, die zu Faschismus und Krieg geführt hat. Andererseits hat das deutsche Lastenausgleichsgesetz nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt, dass man von Vermögenden einen Beitrag verlangen kann, ohne eine wirtschaftliche Entwicklung zu beeinträchtigen. Daher muss von der Politik anhand der Gegebenheiten immer wieder neu in einem gesellschaftlichen Diskurs ausgehandelt werden, inwieweit die Versorgungssituation verschiedener Bevölkerungsgruppen ein Zurückfahren des jeweiligen Konsumvolumens im Interesse der Umwelt und aus Solidarität mit ärmeren Regionen bzw. zukünftigen Generationen erlaubt. Es wäre töricht, hierfür einen allgemeingültigen Algorithmus vorzuschlagen.

Deshalb ist aber auch das trügerisch einfach klingende Konzept einer „aufkommensneutralen ökologischen Steuerreform", welche die Belastung vom „Faktor Arbeit", also der Einkommensbesteuerung, zum Ressourcenverbrauch verlagern soll, zu hinterfragen. Die damit verbundenen höheren Verbrauchssteuern würden nämlich jene besonders hart treffen, die derzeit keine oder nur geringe Einkommenssteuern zahlen. Bei „Aufkommensneutralität" würden jene mit durchschnittlichen Einkommen wenig spüren, wenn sie ihr Leben praktisch nicht ändern. Je nach Ausgestaltung könnte es sogar so sein, dass Gutverdienende überdurchschnittlich profitieren, da sie die derzeitige Progression auf der Einkommensseite im Vergleich zu den für alle, prozentuell gesehen, gleichen hohen Verbrauchsabgaben stärker betrifft. Die Umschichtung der Staatseinnahmen müsste daher mit der Anhebung der untersten Einkommen verbunden werden, während die ungleichheitsmindernde Progression bei sehr hohen Einkommen kaum angetastet werden dürfte. Nach diesem Sozialausgleich gibt es aber, ohne andere zusätzliche Maßnahmen nur mehr relativ geringe positive Wirkungen. Die untersten Schichten werden dann ihren Basisbedarf weitgehend unverändert abzudecken versuchen. Die mittleren Einkommen haben nun zwar einen größeren Anreiz zu ökologischerem Konsum, jede Einsparung, die sie dabei erzielen, hinterlässt aber einen größeren Anteil vom durch die „Entlastung der Arbeit" gestiegenen Einkommen. Dadurch sind die von Postwachstumsökonomen vielfach ins Feld geführten Rebound-Effekte zu erwarten, nämlich dass das verbleibende Geld einfach in anderen Zusatzkonsum fließt. Wie schon angedeutet könnte bereits eine relativ geringe prozentuelle Entlastung der hohen Einkommen, dazu führen, dass dieser Schicht mehr für den Konsum bleibt, obwohl sie sich sonst keine Spur klimafreundlicher verhält.

Längerfristige Staatsverschuldung stellt eine Belastung des Gemeinwesens künftiger Generationen dar, und ist zu meiden. Für relativ kurze Fristen soll es möglich sein, bei der Zentralbank zinslose Darlehen aufzunehmen, wobei größere Staaten und Teilnehmer an Währungsgemeinschaften im Hinblick auf mögliche Volumina klar im Vorteil sind, weshalb längerfristig eine Reform von IWF und Weltbank anzustreben ist. Die Teilnehmer an den Finanzmärkten sollten, wenn sie über überschüssiges Geld verfügen, um Staatsanleihen zu kaufen, das sie sonst nicht sinnvoll anlegen können, gezwungen werden, mehr Steuern zu zahlen (z.B. im Rahmen eines neuen „Lastenausgleichsgesetzes"). Dies umso mehr, als die globale Vermögensungleichheit in den letzten Jahrzehnten, nicht zuletzt mit Hilfe ausgeklügelter Steuervermeidungstricks, enorm zugenommen hat und ohnehin gestoppt werden muss. Hier ist, wie schon erwähnt, ein gemeinsames internationales oder wenigstens einheitliches europäisches Vorgehen notwendig.

Obgleich ein „deficit spending" von Keynes ursprünglich nur zum Ausgleich schwerer konjunktureller Einbrüche vorgesehen war, fordern „linke" Proponenten oftmals eine langfristige Ausweitung der Staatsverschuldung mit dem Argument, dass öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur etc. zukünftigen Generationen zu Gute kommen würden. Dies ist allerdings insofern problematisch, als deren Präferenzen nicht adäquat berücksichtigt werden können. Ist der weitere Ausbau des Straßennetzes inklusive der damit verbundenen Flächenversiegelung, die Erhaltung von Fluglinien, deren Existenz durch die Pandemie 2020 gefährdet wird, in ihrer momentanen Größe usw. wirklich im Interesse unserer Nachkommen? Jede Generation bindet nachfolgende durch ihre sonstigen Ent-

scheidungen bereits mehr als genug. Man denke an aufgebrauchte Ressourcen, Erderwärmung, Hinterlassenschaften wie Atommüll etc. Außerdem halten z. B. moderne Stahlbetonbauten bei weitem nicht so lange wie frühere größere Gebäude und werden viel schneller zum aufwendigen Sanierungsfall. Da braucht es nicht auch noch alte öffentliche Schulden. Im Privatbereich kann ein Erbe ausgeschlagen werden, wenn die Passiva die Aktiva übersteigen. Wie man an vielen überschuldeten Ländern gerade auch im sogenannten globalen Süden sieht, ist die Abwälzung ererbter unvernünftig eingegangener Kredite bei Staaten ungleich schwieriger und vom Entgegenkommen der Gläubiger abhängig, selbst im Falle eines Übergangs von einer Militärdiktatur zur Demokratie.

In der Geldpolitik wäre längerfristig gesehen, die Option einer Vollgeldreform zu prüfen, da diese einer Postwachstumsökonomie in verschiedenen Aspekten vielleicht ein bisschen besser entspricht.

11. Sozialstaat

Eine öffentliche der gesamten Bevölkerung in hinreichendem Maß zugängliche Gesundheits- und Altersversorgung ist, wie bereits diskutiert wurde, eine wesentliche Voraussetzung für den demographischen Übergang zu niedrigen Fertilitätsraten, da die Daseinsvorsorge nicht mehr an den eigenen Nachkommen hängt.

Es gibt jedoch darüber hinausgehend gute Gründe diese Säulen des Sozialstaates als öffentliches Monopol allenfalls mit einem extrem stark beschränkten privaten Zusatzversicherungsbereich, der nur unnötigen Luxus abdeckt, zu organisieren. Zum einen ist durch ein allgemeines solidarisches Versicherungsprinzip eine gerechte Lastenverteilung und gute Leistbarkeit am Besten garantiert. Zum anderen sind dadurch Medikamente, Operationstechniken und andere medizinische Verfahren durch ihre breite Anwendung besser evaluiert, sodass auch Wohlhabendere im Bedarfsfall profitieren. Stehen gewisse Mittel und Methoden nur Zusatzversicherten zur Verfügung, so bedeutet dies gleichzeitig, dass es einen geringeren Erfahrungsschatz mit diesen, etwa hinsichtlich seltener aber trotzdem bedeutsamer Nebenwirkungen oder anderer Risiken, gibt.

In der Altersversorgung bringt das Kapitaldeckungssystem gegenüber einem Umlageverfahren bestenfalls den Vorteil, dass Erträge aus dem Ausland lukriert werden können. Dies wird angesichts von Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung Europas als Vorteil genannt. Allerdings haben die meisten Volkswirtschaften mit jüngerer Durchschnittsbevölkerung einen enormen Aufholbedarf im Aufbau einer eigenen Infrastruktur und eines gewissen Wohlstandes, sodass es sich eigentlich moralisch verbietet, aus solchen Ländern Mittel abzuschöpfen. Ob dies in einigen Jahren oder gar Jahrzehnten überhaupt möglich sein würde, steht sowieso auf einem anderen Blatt. Wird die Versorgung der Alten ausschließlich innerhalb der Länder mit älterer Durchschnittsbevölkerung finanziert, so bringen private Versicherungsgesellschaften nur Mehrkosten in Form von Marketing, Dividendenausschüttungen an Aktionäre etc. Außerdem unterliegen Veranlagungen gewöhnlich den Risiken der Finanzmärkte. Unabhängig von der Art des Geldtransfers müssen ohne Nettozufluss aus dem Ausland, die Güter und Dienstleistungen für die Pensionierten (ebenso wie für die noch nicht arbeitenden jungen Menschen) direkt oder indirekt (durch Gegenleistungen ans Ausland) vom erwerbstätigen Bevölkerungsteil erarbeitet werden. Falls es unserer Gesellschaft mit ihrem Wohlstand und guter Infrastruktur nicht gelingt, die Probleme einer Verschiebung der Altersstruktur eigenständig zu lösen, wie sollen dann die Länder des sogenannten globalen Südens einen humanen Übergang zu einer nicht weiter wachsenden Bevölkerung schaffen? (Die selbe Frage stellt sich übrigens bei der manchmal zu hörenden Bemerkung, Zuwanderung sei für die Sicherung des Pensionssystems notwendig. Auch wenn dies zur Verteidigung der ethisch aus ganz anderen Gründen gebotenen humanitären Aufnahme von Flüchtlingen gut gemeint sein mag, wirklich durchdacht ist eine solche Aussage nicht.)

Ein weiterer wichtiger Teil des Sozialstaates besteht in einem fairen Zugang zu Bildung. Wenn die Bildungschancen innerhalb einer Gesellschaft unabhängiger vom Einkommen der Eltern sind, erhöht dies die Wahrscheinlichkeit, dass verborgene Talente ihr Potential zum Nutzen der Gesamtgesellschaft, ja der ganzen Menschheit entfalten können. Für die Mittelschicht und sogar den kleineren Mittelstand sind öffentliche Bildungseinrichtungen auf hohem Niveau eine Absicherung vor dem Abstieg der nachfolgenden Generation. Was passiert, wenn dies nicht gewährleistet ist, sieht man zum Teil an den vielen wegen horrender Gebühren überschuldeten Absolventen in den USA.

Angesichts der riesigen Herausforderungen der Menschheit im Zusammenhang mit dem Klimawandel, dem Entstehung neuer Pathogene, usw. ist die Förderung der kreativen Entfaltung möglichst vieler, vor allem aber der jungen Menschen ein wesentlicher Beitrag zur Erhöhung der Überlebenschancen unserer Spezies.

12. Abschließende Bemerkungen

Wie man sieht, tendieren viele meiner Vorschläge in Richtung einer stark regulierten Wirtschaft. Derartiges wird von so manchem Liberalen als Bevormundung und Freiheitsentzug kritisiert. Ich möchte allerdings darauf verweisen, dass die derzeitige Tendenz zu einer ungehemmten Kapitalakkumulation für die meisten Wirtschaftssubjekte den allmählichen Verlust ihrer Autonomie bedeutet. Der ungebrochene Trend zu global agierenden Großunternehmen erhöht das Erpressungspotential sowohl der lokalen Politik als auch den Beschäftigten gegenüber. Außerdem gefährdet die Ausspionierung und gezielte Manipulation der breiten Bevölkerung durch monopolartige Konzerne die bürgerlichen Freiheiten. Die wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse der letzten drei Dekaden haben das Prinzip eines freien Marktes unterminiert. Folgt man den Forderungen vieler neoliberaler Proponenten, so landen wir bei Oligo- und Monopolen, die sich jeglicher gesellschaftlichen Kontrolle entziehen. Darum bedeutet eine demokratisch legitimierte Regulierung, die das Gemeinwohl im Auge behält, in Wahrheit für die Mehrheit einen Zugewinn an Freiheit.

Andere wiederum mögen sich daran stoßen, dass die hier vorgestellten Konzepte ein relativ starkes Maß an Ungleichheit tolerieren. Es sollte jedoch bedacht werden, dass es in praktisch allen größeren Gesellschaften, die angeblich durch Kollektivierung etc. alle Klassenunterschiede beseitigen wollten, zur Ausbildung neuer Herrschaftsklassen kam, eine Erfahrung, die etwa George Orwell in seinem Werk „Animal Farm“ literarisch verarbeitet hat.

Historisch gesehen wurden allen, teilweise doch erheblichen, Unzulänglichkeiten zum Trotz die besten Resultate hinsichtlich des Wohlstandes breiterer Schichten und größter bürgerlicher Freiheiten im Rahmen einer regulierten Marktwirtschaft mit ausgleichendem Sozialstaat erzielt. Viele Errungenschaften beruhten aber zum Teil auf Ausbeutungen natürlicher Ressourcen und der Menschen im sogenannten globalen Süden. In der bisherigen Form ist das System nicht aufrecht zu erhalten. Wenn nicht rasch nachhaltigen Reformen kommen, wird das 21. Jahrhundert Katastrophen erleben, die jene der Vergangenheit weit in den Schatten stellen. Die Toten werden dann nicht in hunderten Millionen sondern in Milliarden gezählt werden und am Ende wird ein technisch gestützter Totalitarismus stehen, der kaum jemanden, auch die wenigsten an der Spitze, glücklich machen wird.

Noch gibt es eine halbwegs vernünftige Chance für eine breite Elite, sich durch verantwortungsvolles Handeln gegenüber Mensch und Umwelt in der Gesellschaft gut zu verankern, nicht zuletzt auch durch die Gewährung realistischer Aufstiegsmöglichkeiten von unten einerseits sowie durch die Absicherung vor dem Absturz ins Bodenlose im Falle eines individuellen Scheiterns andererseits. Damit bestünde die allmählich leider schwindende Hoffnung auf ein einigermaßen gutes Leben für viele, ja die meisten Menschen auf diesem Planeten. Wir sollten die Möglichkeiten nützen, bevor es zu spät ist.